

Angebot an Ärzte

Die Regierung kommt den Ärzten mit einem neuen Entwurf für ein Gesetz über die Primärversorgung entgegen.



© APA/Herbert Neubauer

Ärztikkammervizepräsident Johannes Steinhart ist auch mit dem nachgebesserten Gesetzesentwurf nicht zufrieden.

... Von Ina Karin Schriebl

WIEN. Ärzten mit bestehendem Kassenvertrag wird bei der Besetzung künftiger Primärversorgungseinheiten Vorrang eingeräumt. Der Angst vor dem Einstieg von Großkonzernen wird begegnet, indem „beherrschende Eigentümerstrukturen“ ausgeschlossen werden. Das geht aus einem „Referentenentwurf“ hervor. Die Ärztekammer kritisiert aber auch diesen Entwurf, der nun nach mehr als einjährigen Verhandlungen auf dem Tisch liegt. Für 15. März ist eine Informationsveranstaltung in Wien angesetzt.

Vorrang für Ärzte

Bei der Auswahl der Bewerber für neue Primärversorgungseinheiten wird den bestehenden Praxen Vorrang eingeräumt. Während die Ärztekammer bisher immer die Verdrängung der Hausärzte befürchtete, heißt es nun in dem Entwurf: „Die örtliche Gebietskrankenkasse hat

zunächst ihre Vertragsärztinnen und Vertragsärzte sowie ihre Vertrags-Gruppenpraxen für Allgemeinmedizin, deren Planstellen im Stellenplan für die konkrete Primärversorgungseinheit vorgesehen sind, sowie erforderlichenfalls danach die weiteren niedergelassenen Ärztinnen, Ärzte und Gruppenpraxen für Allgemeinmedizin und gegebenenfalls für Kinder- und Jugendheilkunde in der Ver-

sorgungsregion zur Bewerbung um einen Primärversorgungsvertrag einzuladen.“ Erst wenn die Besetzung durch diesen Personenkreis „nach angemessen gesetzter Frist“ nicht oder nicht zur Gänze vorgenommen werden kann, hat die Bewerbung in allgemeiner Form über diesen Personenkreis hinaus zu erfolgen.

Das Papier sei ohne substantielle Einbindung von Ärzten entstanden und „lässt medizinischen Sachverstand geradezu schmerzhaft vermissen“, kritisiert Vizepräsident Johannes Steinhart. Der Entwurf sehe „eine völlig unrealistische Reduktion der Einzelordinationen“ vor, die Rede ist in der Ständevertretung von 40%.

Man müsse daher darauf achten, „dass die gut funktionierenden Netzwerkmodelle und die medizinische Expertise von Ärzten in das Gesetz einfließen“. Offen bleibt etwa die Frage, welchen Einfluss Ärzte in Primärversorgungseinheiten haben sollen.

”

Der Entwurf sieht eine völlig unrealistische Reduktion von Einzelordinationen vor.

Johannes Steinhart

“

REFORM

Industrie fürchtet Druck der Kassen

WIEN. Nicht nur die Ärzte, auch die Pharmaindustrie ist mit einem Gesetzesentwurf des Gesundheitsministeriums unzufrieden. Konkret geht es um die Neuordnung des Erstattungskodex für Medikamente; seit Monaten stocken hier die Verhandlungen zwischen der Industrie und den Kassen. Nun will das Ministerium mit einer gesetzlichen Lösung eingreifen; demnach sollen künftig Medikamente, die mehr als 700 € pro Packung kosten, den EU-Durchschnittspreis nicht überschreiten dürfen.

Starkes Plus

Die Ausgaben für hochpreisige Medikamente seien in den vergangenen zehn Jahren um knapp 420% auf 838 Mio. € gestiegen, argumentieren die Kassen. Damit machen sie schon mehr als ein Viertel aller Medikamentenausgaben aus.

Die Pharmaindustrie ist darüber empört. „Wir lehnen den Gesetzesentwurf ab“, sagt Pharmig-Generalsekretär Jan Oliver Huber. Damit gefährde man den Pharmastandort Österreich und die Versorgung. Schon bisher leiste die Industrie über Rabatte hohe Beiträge.



© panthermedia.net/kovalevs

Forschung

Neue, hochpreisige Medikamente sind den Kassen ein Dorn im Auge.